

EURO-KRISE

Abschied vom Süden

Die Retter sind matt, die zu Rettenden enttäuscht. Was in der Euro-Krise jetzt auf Deutschland zukommt.

VON: Marc Brost | Mark Schieritz | 01.08.2012 - 21:06 Uhr

Es ist die Stille, die am meisten irritiert. Kein öffentlicher Aufschrei, keine flammende Rede. Nichts. In einem voll besetzten Flugzeug, sagt man, ist der Moment größter Gefahr auch der Augenblick größter Ruhe. Wenn die Triebwerke ausgefallen sind und das Flugzeug nur noch segelt. Wenn kein Motorengeräusch den Gleitflug stört. Wenn die Passagiere an Bord noch nicht gemerkt haben, was sie erwartet. Dann ist es ganz still. Und die Katastrophe ganz nah.

So ist es in diesen Tagen mit dem Euro.

Kein Politiker appelliert jetzt noch an den Zusammenhalt der Währungsunion, kein Wirtschaftsführer trommelt für den Erhalt des Euro in seiner derzeitigen Form. Die Kanzlerin? Hörte erst Wagner in Bayreuth und wandert nun in Südtirol. Der Finanzminister? Will abwarten, was die kommenden Wochen bringen. Die Opposition? Hat der Regierung immer vorgeworfen, zu wenig für den Euro zu tun, und tut jetzt selbst nichts mehr dafür.

Es ist ganz still in Berlin.

Man kann das als übliche Sommerroutine sehen. Oder als Hinweis darauf, dass demnächst die Währungsunion zerbricht. Ist dies der Sommer, in dem sich der Norden Europas vom Süden verabschiedet?

19 Krisengipfel hat es seit dem Ausbruch der Turbulenzen gegeben. Milliarden um Milliarden wurden zur Rettung der gemeinsamen Währung aufgebracht. Aber das Problem ist nicht kleiner geworden, im Gegenteil. Immer mehr Geld brauchen die angeschlagenen Staaten im Süden, immer neue Reformen sollen sie wieder auf die Beine bringen.

Wir geben euch Geld, wenn ihr euch anstrengt, eure Misere zu beheben – das war das Rettungsversprechen des Nordens. Nun aber ist die Staatspleite Griechenlands nur noch eine Frage von Wochen. Zu viel Zeit ist in den innenpolitischen Wirren rund um Neuwahlen und Regierungsbildung verloren gegangen, um die zugesagten Reformen

noch einhalten zu können.

In Spanien beschleunigt sich die Krise: Gerade erst hat das Land 100 Milliarden Euro zur Rettung seiner Banken erhalten, doch auch dieses Geld reicht nicht. Mehrere Regionen stehen vor der Pleite, die Zentralregierung in Madrid muss Rekordzinsen zahlen, um noch an Kredite zu kommen. Wenn sie überhaupt noch an Kredite kommt.

In Italien regt der frühere Regierungschef Silvio Berlusconi an, das Land solle doch einfach die Lira wieder einführen, wenn der Norden den Italienern nicht zu Hilfe komme. Berlusconi will bei den Wahlen im kommenden Jahr wieder antreten.

Und in Deutschland wird auf einmal der Preis der Rettung benannt: Die Rating-Agentur Moody's warnt vor Risiken auch für den hiesigen Staatshaushalt. Die Bundesrepublik könnte ihren Status als solider Schuldner verlieren.

Eine Schlacht, heißt es, geht nicht dann verloren, wenn die Feinde näher rücken – sondern wenn die Freunde sich entfernen. Das ist die entscheidende Veränderung im Kampf um den Euro in diesen Tagen. Man rückt von ihm ab.

So wie Peer Steinbrück am vergangenen Sonntag.

Der frühere Finanzminister gilt gemeinhin als Freund des Euro. Steinbrück wird gerne historisch, wenn er über die Währung spricht, er betont dann die besondere Verantwortung der Deutschen. Am Wochenende gab er der *Bild am Sonntag* ein Interview, in dem er den Blick nicht zurück, sondern nach vorn richtete. Bei ihm mehrten sich »in einigen Fällen« die Zweifel, »ob alle Länder in der Euro-Zone gehalten werden können«.

Anders ausgedrückt: Das war's dann wohl.

Der Sozialdemokrat Steinbrück gehört nicht der Regierung an – und dennoch könnte dieser Satz für den weiteren Verlauf der Krise sehr wichtig werden. Denn für die großen Veränderungen, die der Umbau der Währungsunion mit sich bringt, braucht die Kanzlerin eine Große Koalition – wenn schon nicht formell, dann zumindest informell. Bislang hat die SPD die Rettungsmaßnahmen immer mitgetragen, wenn in den Reihen der Regierungsparteien der Rückhalt fehlte. Die Sozialdemokraten gaben sich zu Beginn dieser Krise als bedingungslose Europäer, sie waren sogar einmal für Eurobonds.

Doch je näher die Bundestagswahl rückt, desto mehr fürchten die Genossen die Strafe der Wähler, denen die Rettung immer schwerer zu erklären ist – vor allem weil

immer deutlicher wird, dass der Währungsbund nur halten wird, wenn neben den Staaten auch die Banken mit Steuergeld saniert werden. Mehr als 70 Prozent der Deutschen sind gegen eine Vergemeinschaftung der Schulden, wie sie internationale Experten fordern. Und das macht auch der Opposition zu schaffen.

Jede neuerliche Rettungsaktion würde die bisherigen Sicherheitsnetze überfordern. Von den 440 Milliarden Euro im bisherigen Hilfsfonds EFSF sind 192 Milliarden Euro verplant. Der Rest reicht nicht einmal für ein reguläres Hilfsprogramm für Spanien, das noch einmal 200 bis 300 Milliarden kosten dürfte – und für Italien reicht er sowieso nicht.

Bislang hat es der Politik nie an Erfindungsreichtum gefehlt, wenn es darum ging, neue Geldquellen zu erschließen. Der permanente Rettungsschirm ESM, der den EFSF im Herbst ablösen soll, könnte noch einmal aufgestockt werden. Die Europäische Zentralbank könnte die Anleihen der Krisenstaaten kaufen, um so die Zinsen im Süden zu senken; sie druckt das Geld selbst und verfügt damit praktisch über unbegrenzte Mittel. Griechenland könnte Gelder aus dem neuen europäischen Wachstumspakt erhalten, die staatlichen Kreditgeber könnten auf Forderungen verzichten. Dann müsste zwar Deutschland als wichtigster Finanzier des Landes Verluste hinnehmen, aber die Griechen hätten mehr Spielraum – auch ohne ein neues Rettungspaket.

All das wäre möglich, und auf Arbeitsebene wird darüber in der EU bereits diskutiert. Es gibt ja sogar schon einen Bauplan für ein neues Europa, mit mehr gegenseitiger Unterstützung, aber auch mit mehr gegenseitiger Kontrolle. Er wurde auf dem jüngsten Gipfel verabschiedet und wird derzeit konkretisiert. Ja, es gibt sogar Reformfolge: Die Arbeitsmärkte in Südeuropa sind heute flexibler, die Verwaltung wird modernisiert, Unternehmen senken ihre Kosten.

So sind es keine ökonomischen Grenzen, an die die Rettung des Euro stößt. Wirtschaftlich denkbar wäre vieles. Aber der Deal »Geld gegen Reformen« war eben immer auch eine Geduldsfrage. Und mit dieser Geduld ist es vorbei.

Es gab in der Krise immer wieder Schlüsselmomente, die das Ganze in eine neue Richtung zwangen. So wie im Herbst 2011. Die Europäer hatten mühevoll ein Rettungspaket für Griechenland geschnürt – da kündigte der damalige Regierungschef Giorgos Papandreou an: Das Volk solle entscheiden, ob es das Geld des Nordens zu dessen Bedingungen annehme. Auch wenn das Referendum nie stattfand: Schon damals zerbrach etwas zwischen Gebern und Nehmern.

Sehr wahrscheinlich war auch der Donnerstag der vergangenen Woche solch ein Schlüsselmoment. Hunderttausende gingen in allen großen Städten Spaniens auf die

Straße, um gegen die Sparpolitik zu demonstrieren. Solche Proteste sind an sich nichts Besonderes. Doch selten waren so viele Menschen unterschiedlicher Berufsgruppen beteiligt: auch Polizisten, Militärs, Richter und Staatsanwälte.

Der Norden will nicht mehr, und der Süden kann nicht mehr – so sehen das auch die Finanzmärkte. Und sie ziehen ihre Schlüsse. Ein Zerfall der Währungsunion sei bereits »eingepreist«, so die französische Großbank BNP Paribas.

Zu Beginn der Krise hatte es geheißt, die Rettung sei alternativlos, weil, wie beim Domino, ein Staat nach dem anderen fallen werde, wenn erst einmal einer gefallen sei. Griechenland habe gerettet werden müssen, um den Euro zu retten. Inzwischen aber ist das Land längst nicht mehr so eng mit dem Rest Europas verflochten. Die meisten ausländischen Banken haben ihr Geld abgezogen, die Unternehmen ihre Exporte heruntergefahren. Ein Austritt Griechenlands wäre demnach kein Drama mehr.

Und dennoch könnte sich daraus ein Drama entwickeln. Denn die Währungsunion gälte dann nicht mehr als ein Bund für die Ewigkeit, sondern nur noch als Klub mit wechselnden Mitgliedern. Jeder Geldgeber müsste damit rechnen, seinen Einsatz in einer anderen Währung zurückzubekommen. Kaum jemand würde noch in Spanien oder Italien investieren. Und spanische oder italienische Kleinsparer würden ihr Geld außer Landes bringen. Die heutigen Krisenstaaten würden finanziell ausbluten. Einer nach dem anderen müsste den Währungsraum verlassen.

Und Deutschland? Wäre von einigem Ballast befreit – und würde doch mit neuem zu kämpfen haben. Die deutschen Finanzanlagen in den Ländern des Südens betragen zusammengerechnet immer noch 777 Milliarden Euro – und sie würden ausradiert. Der Versicherungskonzern Allianz etwa müsste allein in Italien mit Verlusten von bis zu 31 Milliarden Euro fertigwerden. Die deutschen Firmen würden Exportmärkte verlieren, weil die Austrittsländer ihre neu eingeführten Währungen abwerten könnten, um sich so Handelsvorteile zu verschaffen.

Die ökonomische Katastrophe hätte erhebliche politische Folgen. Europa würde nach einem Schuldigen suchen, und wahrscheinlich würde man sich auf Deutschland einigen. Dann hätten die Deutschen das dritte Mal innerhalb von 100 Jahren den Kontinent verwüstet. Dass auch das Verhalten des Südens zum Scheitern des Währungsprojekts beigetragen hat, würde dabei vermutlich untergehen. Es lohnt sich, die Begründung für den aktuellen Warnruf von Moody's genau durchzulesen: Sorgen macht den Kreditwächtern nicht die Größe der Rettungspakete – sondern das Scheitern der Rettung.

Auch nach zweieinhalb Jahren des Rettens kann niemand sagen, ob der Abschied

einzelner Länder vom Euro zum unkontrollierbaren Ende der gesamten Währungsunion führen würde – oder ob er am Ende doch beherrschbar wäre. So groß ist diese Ungewissheit, dass immer noch viel dafür spricht, weiter alles zu versuchen, die gemeinsame Währung zu erhalten. Und dennoch könnte das Irrationale siegen – die Sehnsucht nach einer irgendwie endgültigen Lösung, ganz gleich, wie schrecklich sie ist.

Denn das Gefühl ist eben: Es ist vorbei.

War damit auch die ganze Rettungspolitik der vergangenen Jahre falsch? Hätte man die Staaten des Südens nicht von Anfang an sich selbst überlassen sollen? Im aufziehenden Bundestagswahlkampf wird das ein Thema sein, und für die Kanzlerin sind diese Fragen brandgefährlich. Die Euro-Retterin Merkel wäre auf einmal die Euro-Verschwenderin Merkel.

Womöglich aber war nicht die Rettung falsch – sondern es wurde falsch gerettet. Die »Strategie der Trippelschritte« sei die »zentrale Ursache« für die Zuspitzung der Lage, schreibt der Sachverständigenrat, ein Gremium, in dem konservative Ökonomen das Sagen haben, die staatliche Eingriffe ablehnen. Weil man die Rettungsschirme immer möglichst klein halten wollte, sei Vertrauen zerstört worden. Wenn das stimmt, dann könnte ein großer Wurf die Union doch noch zusammenhalten.

Wer dafür aber noch die Kraft hat? Es ist verdammt still in diesen Tagen.

Diesen Artikel finden Sie als Audiodatei im Premiumbereich unter www.zeit.de/audio

QUELLE: DIE ZEIT, 26.7.2012 Nr. 31

ADRESSE: <http://www.zeit.de/2012/31/Europa-Euro-Krise/komplettansicht>